

Erneute Planung soll vorgelegt werden

Wohnbebauung in Manhartsdorf: Noch keine Einigung im Bauausschuss

Wartenberg. (bs) Der Bauausschuss konnte sich am Montag noch nicht auf den von Architekt Franz Pezold vorgelegten Planentwurf zur 6. Änderung des Flächennutzungsplans einigen. Ziel der Änderung ist eine Wohnbebauung in Manhartsdorf (Flurnummern 1095, 1095/1 und 1096). Dabei handelt es sich um eine 4800 Quadratmeter große Fläche, wovon circa 1500 Quadratmeter Grünfläche bleiben sollen.

Pezold stellte die Fläche als gemischte Baufläche dar, ohne Festlegungen auf Dorfgebiet, Mischgebiet oder dörfliches Wohngebiet vorgenommen zu haben. Bei einem

Mischgebiet sei zu beachten, dass später keine reine Wohnbebauung entstehen darf. Das Gebiet könnte als Dorfgebiet ausgewiesen werden, da es dort noch einen Landwirt gibt. Ein Wohnbauungsgebiet sei wegen des benachbarten Gewerbegebiets allerdings nicht zu empfehlen.

Dominik Rutz (Grüne) sagte, er stehe diesem Vorhaben schon allein wegen der Begrenzung des Bevölkerungswachstums und der für die Gemeinde entstehenden Kosten sehr skeptisch gegenüber. Bürgermeister Christian Pröbst sah hingegen keine Kosten, die auf die Gemeinde zukommen, weil man eine

Planungskostenvereinbarung treffen würde. Eduard Ertl (Neue Mitte) plädierte dafür, keine Bebauung in dritter Reihe, sondern nur in zweiter Reihe zuzulassen. Auf die dortigen Bodendenkmäler wies Franz Ganslmaier (FWG) hin. So beschloss das Gremium, vom Architekten mit diesen Anregungen eine neue Planung vorlegen zu lassen.

Abstimmung über weitere Bauvorhaben

Der Anbau eines Wintergartens an ein bestehendes Wohnhaus an der Birkenstraße 37 bekam vom

Bauausschuss die einstimmige Zustimmung. Zwei Gegenstimmen gab es zum Vorbescheid für ein Gebäude mit drei Wohneinheiten und Garage an der Lindenstraße 3, das Bauvorhaben hatte bereits einmal vorgelegen und war wegen Überschreitungen von Baugrenzen abgelehnt worden. Dies wurde nun korrigiert und, wie der Bürgermeister sagte, gebe es nun keinen Grund, das Bauvorhaben abzulehnen, sonst würde das Landratsamt die Zustimmung geben. Trotzdem führte Michael Paulini (SPD) aus, dass er Probleme bei den Stellplätzen sehe und er nur für zwei Wohneinheiten wäre.